

Oliver Auge (Hg.)  
**Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**  
350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt





# Christian-Albrechts- Universität zu Kiel

**350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt**

Herausgegeben von Oliver Auge

350

**WACHHOLTZ**  
MURMANN PUBLISHERS

1. Auflage 2015

© 2015 Wachholtz Verlag – Murmann Publishers, Kiel/Hamburg

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das  
gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag  
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-529-05905-6

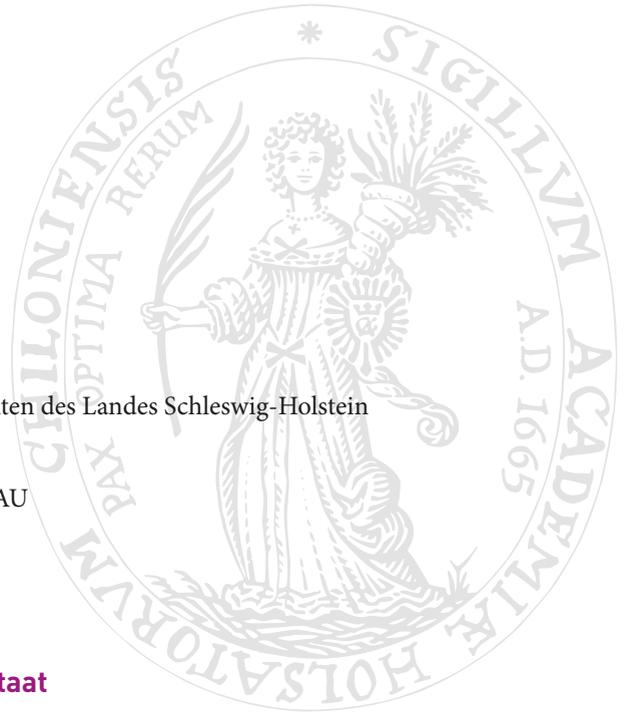
Besuchen Sie uns im Internet:  
[www.wachholtz-verlag.de](http://www.wachholtz-verlag.de)

# Inhalt

- Torsten Albig  
11 Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
- Lutz Kipp  
13 Vorwort des Präsidenten der CAU
- Oliver Auge  
19 Vorwort des Herausgebers

## Verhältnis zu Stadt und Staat

- Ulf Kämpfer  
29  Lebendige Zweierbeziehung: Die CAU und die Landeshauptstadt Kiel
- Kristin Alheit  
41  Die CAU und das Land Schleswig-Holstein
- Uta Kuhl  
51  Wissenschaften und die Gelehrsamkeit um ihrer selbst willen – Die Gottorfer Herzöge als Förderer der Wissenschaft
- Olaf Mörke  
67  Das Verhältnis von Universität und Staat im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbestimmung
- Swantje Piotrowski  
107  Die Finanzierung der Christiana Albertina in der Frühen Neuzeit 1665 bis 1800
- Gerhard Fouquet  
141  »Woher das Geld nehmen zur Verbesserung der Universität?« – Die Finanzen der Kieler Universität 1820 bis 1914



- 
- Klaus Gereon Beuckers**
- 175  Gebaute Bildungspolitik. Die architektonische Entwicklung der CAU
- Oliver Auge**
- 216  Die CAU feiert: Ein Gang durch 350 Jahre akademischer Festgeschichte
- Martin Göllnitz**
- 260  »Hier schweigen die Musen« – Über die erfolgten Schließungen und geplanten Aufhebungen der Christiana Albertina
- Ludwig Steindorff**
- 277  Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft

## Die Fakultäten

- Rudolf Meyer-Pritzl**
- 291  Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
- Wolfgang J. Duschl**
- 305  Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
- Joseph-Alexander Verreet**
- 313  Die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät
- Thorsten Burkard und Markus Hundt**
- 329  Die Philosophische Fakultät
- Andreas Müller**
- 344  Die Theologische Fakultät
- Jörn Henning Wolf**
- 360  Streiflichter auf das Leistungsspektrum und wissenschaftliche Forschungsprofile der Kieler Hochschulmedizin in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart

---

Michael Illert und Ulrich Stephani

- 378  Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Im 350. Jahr

Horst Raff

- 391  Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Frank Paul

- 405  350 Jahre CAU – 25 Jahre Technische Fakultät

## Forschende, Lehrende, Studierende

Oliver Auge

- 425  Der Kieler Professor bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – Eine typologische Annäherung

Swantje Piotrowski

- 451  Vom Wandel der Fakultätenhierarchie und der Entwicklung des Lehrkörpers an der Christiana Albertina in der Zeit von 1665 bis 1815

Martin Göllnitz

- 498  Forscher, Hochschullehrer, Wissenschaftsorganisatoren: Kieler Professoren zwischen Kaiserreich und Nachkriegszeit

Gabriele Lingelbach

- 528  Akkumulierte Innovationsträgheit der CAU: Die Situation von Studentinnen, Wissenschaftlerinnen und Dozentinnen in Vergangenheit und Gegenwart

Rainer S. Elkar

- 561  Beteiligung und Verantwortung – Ausschnitte einer studentischen Geschichte zu Kiel

Wilfried Müller

- 611  Die Kieler Studierendenbewegung – Eine persönliche Chronologie

---

Stefan Bichow

- 622  »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968« –  
Die Studentenproteste an der Christian-Albrechts-Universität

Franz Hausmann

- 637  Vom »Tumult« zu einer studentischen Interessenvertretung

Lena Denecke

- 648  Der AStA der CAU von 1968 bis 2008

Steffen Regis

- 664  Von, mit, für Studierende! – Über die Studierendenvertretung  
der CAU in den Jahren 2008 bis 2014 und ihre Perspektiven

Jan-Peters Janssen

- 679  Leibesübungen und Sport an der Kieler Universität – von der  
Dänenzeit bis zur Weimarer Republik

## Exzellenz im Norden

Gerd Hoffmann-Wieck

- 699  Das GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung  
Kiel und die Geschichte der Kieler Meereskunde

Martin Visbeck und Ralph R. Schneider

- 724  Exzellenzcluster *Ozean der Zukunft*

Denis Schimmelpfennig

- 736  Forschungsschwerpunkt Nanowissenschaften und  
Oberflächenforschung

Johannes Müller

- 748  Von Johanna Mestorf zur Akademie – Die Rolle von  
Gesellschaft, Archäologie und Landschaft an der CAU

Stefan Schreiber

- 775  Exzellenzcluster *Entzündung an Grenzflächen*

---

## Weltwissen – Die Sammlungen

Else Maria Wischermann

- 799  Geschichte und Gegenwart der Universitätsbibliothek –  
350 Jahre im Dienst der Universität

Claus von Carnap-Bornheim

- 815  Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen  
Schloss Gottorf – Ein Essay

Anette Hüsch

- 829  Dreihundertfünfzig

Joachim Raeder

- 837  Die Antikensammlung in der Kunsthalle zu Kiel

Tobias Delfs und Martin Krieger

- 853  Das Völkerkundemuseum der CAU

Dirk Brandis und Wolfgang Dreyer

- 881  Die zoologischen Schätze der Universität – Ein Jubiläum  
im Jubiläum

Andreas Villwock

- 895  Aquarium des Instituts für Meereskunde an der Universität  
Kiel – Heute: Aquarium GEOMAR

Eckart Bedbur

- 907  Die Geologische und Mineralogische Sammlung

Eva Fuhry

- 915  Die Medizin- und Pharmaziehistorische Sammlung

---

Martin Nickol

- 926  Die Geschichte des Botanischen Gartens



Jobst Sievers und Bernhard Tillmann

- 938  Die wissenschaftliche Sammlung im Anatomischen Institut der CAU



## Die CAU International

Oliver Auge und Martin Göllnitz

- 949  Kieler Professoren als Erforscher der Welt und als Forscher in der Welt: Ein Einblick in die Expeditionsgeschichte der Christian-Albrechts-Universität



Michael Müller-Wille

- 973  Rektoratsverbindungen zu den Universitäten Rostock und Greifswald sowie zu Hochschulen der Ostseeanrainerstaaten (1989 bis 1992)



Martina Schmode

- 991  Hinter dem Horizont geht's weiter – Zur Entwicklung des International Center und internationaler Beziehungen der CAU



Sebastian Elsässer

- 1005  Wie forscht und lehrt man »international«? Das Beispiel der Orientalistik an der CAU



## Anhang

- 1021 Abbildungsverzeichnis
- 1025 Verzeichnis der Autorinnen und Autoren



## »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968« – Die Studentenproteste an der Christian-Albrechts-Universität

von *Stefan Bichow*

Das Jahr 1968 steht in Geschichtserzählungen der Bundesrepublik heute als Chiffre für eine Jugendrevolte, die sich am Ende der 1960er Jahre u. a. gegen Krieg, starre Strukturen und die Nichtaufarbeitung des Nationalsozialismus richtete. Dabei waren die westdeutschen Hochschulen herausragende Schauplätze der Proteste, und in der Konfrontation mit der sog. »Ordinarienuniversität« entstanden folgerichtig einige der Kernslogans und visuellen Ankerpunkte, die ins kollektive Gedächtnis eingegangen sind. Hierzu zählt nicht zuletzt die auf ein Transparent geklebte Parole »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren«, mit der Studenten im November 1967 die Hamburger Rektoratsfeier sprengten. Sie diente als Vorbild für Kieler Kommilitonen, die im folgenden Sommer auch an der Christian-Albrechts-Universität ihr »Muff-out« veranstalteten. Im Mittelpunkt stand dabei ein Objekt, das zwar nicht zu einer entsprechenden Berühmtheit gelangte wie das Hamburger Transparent, an dessen Existenz und Ausgestaltung sich jedoch viel über die Studentenproteste an der Förde ablesen lässt.

Das Kieler Pendant war weitaus kleiner und auf den ersten Blick auch unauffälliger, sodass es ganz im Sinne der studentischen Urheber erst mit Verzögerung zum Eklat führte. Tatsächlich war das scheckkartengroße Stück Papier so geschickt getarnt, dass es am 14. Mai 1968 den Blicken zahlreicher Ordner standhielt, die damit beauftragt waren, den Einlass zur Rektorats- und Immatrikulationsfeier im Kieler Schloss zu regeln. Es handelte sich um eine einfache Eintrittskarte, welche die Studierenden in hundertfacher Ausführung angefertigt und im Vorfeld der Veranstaltung an Kommilitonen ausgeteilt hatten.<sup>1</sup> In Anlehnung an das Druckbild der offiziellen Karten bot die parodistische

Version jedoch nicht nur kostenlosen Einlass, um sich an den Festreden und der musikalischen Untermalung zu erfreuen; was den Besitzern in Aussicht gestellt wurde, war nichts Geringeres als die »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968/69«.

Als der damalige Rektor Horst Braurnert von der massenhaften Fälschung Kenntnis erlangte, war es bereits zu spät. Es hatten so viele Studierende unberechtigt Einlass gefunden, dass er sich mit einem Megaphon vor das Schloss stellte

und die Veranstaltung absagte, zu der sich mittlerweile zahlreiche hochrangige Vertreter von Stadt und Land eingefunden hatten. Die kleine Pappkarte, die heute im Bestand des Kieler Stadtarchivs zu finden ist, führte also dazu, dass die zwei wichtigsten Zeremonien im akademischen Festkalender 1968 erstmals seit langer Zeit nicht mehr stattfinden konnten.



Parodistische Einlasskarte zur Rektorats- und Immatrikulationsfeier 1968

## Ein Angriff auf »faden Pomp und leere Attitüde«

So wurde die Karte einerseits zum Hindernis bei der Ausführung der Rektoratsfeier, die regelmäßig seit 1805 den akademischen Kalender der CAU bestimmte. Eigentlich waren die jährlichen Zeremonien nicht nötig, um die Kontinuität an der Spitze der Hochschule zu gewährleisten, denn die verwaltungstechnische Amtsübergabe fand stets schon einige Monate im Voraus hinter verschlossenen Türen statt. Darüber hinaus aber erfüllte deren Inszenierung einen mehrfachen Zweck: Sie demonstrierte der akademischen Öffentlichkeit, vor allem Hochschullehrern und Studierenden, performativ den Aufbau und die Hierarchie der Institution und durch die Teilnahme außenstehender Persönlichkeiten wie Ministerpräsident oder Bürgermeister zeigte sie zudem deren Verankerung in der Gesellschaft. Nicht zuletzt war sie ein Forum für die Beziehungspflege zu anderen Hochschulen, deren Gäste dem Festakt beiwohnten. Dies galt umso mehr für das Jahr 1968, in dem die Universitätsspitze

mit der Zusammenlegung von Rektorats- und Immatrikulationsfeier und der Verlagerung des Festakts ins Stadtzentrum die Öffentlichkeitswirksamkeit offensichtlich noch erhöhte.

Die hergebrachte Ritualität der sog. »Ordinarienuniversität« traf in diesem Jahr also auf die neuartigen Protestformen der Studentenbewegung. Dass die Studierenden die inszenierte Ordnung ihrer Hochschule dabei nicht nur als belanglose Äußerlichkeit betrachteten, zeigt ein Appell des Kieler Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) vom selben Vormittag:

»Heute dürft Ihr Eure hochverehrlichen Lehrer in festlicher Gewandung, im Ehrenkleide der Wissenschaft (Barett und Talar) erschauen! [...] Durchschaut in dem Euch erwartenden ›Mummenschanz‹ den Versuch, Euch zu politisch indifferenten, unkritischen und bornierten Lernmaschinen zu erziehen! [...] Merkt den Hinterhalt hinter fadem Pomp und leerer Attitüde, Euch zum Untertan einer autoritären Lernfabrik und zum unmündigen, nur rezipierenden Fleißproduzenten zu machen! Wehrt Euch wie wir!«<sup>2</sup>

Für die linken Studierenden war die Veranstaltung nicht allein der Ausdruck einer elitären Hierarchie, sondern auch ihr Ausgangspunkt, der ihrer Befürchtung nach gerade die neu immatrikulierten Kommilitonen von der Legitimität der bisherigen Ordnung überzeugen könnte. Im Umkehrschluss war es da nur konsequent, wenn die Gegner dieser Ordnung Ende der 1960er Jahre ihrerseits auf ein weitreichendes Arsenal von Protestformen zurückgriffen, deren performative Innovationen zu einem entscheidenden Merkmal der Studentenbewegung geworden sind.

So fand das erste Kieler »Sit-in« am 4. Juli 1967 beispielsweise anlässlich der Verabschiedung der neuen Universitätsverfassung statt. Zwischen 100 und 150 Studierende hatten sich im Foyer des erst wenige Jahre alten Universitätshochhauses versammelt und diskutierten dort mit Prorektor Karl Dietrich Erdmann gegen mangelhafte Mitbestimmungsmöglichkeiten. Der zu diesem Zeitpunkt noch christdemokratische AStA-Vorsitzende Jörg-Peter Domann versuchte schnell, seine Beteiligung am »Sit-in« herunterzuspielen und bestritt, damit eine Diffamierung des Rektors oder die Behinderung von Senatoren oder Studierenden bezweckt zu haben. Doch eigentlich war gerade das der Sinn

und Zweck derjenigen Gruppen, die sich wie das am »Sit-in« beteiligte Kieler Aktionskomitee gegen eine »undemokratische Universität« wandten oder aus anderen Gründen die Legitimität der bestehenden Ordnung anzweifelten. Die Aktionen sollten sich im öffentlichen Raum abspielen, den geregelten Ablauf durchbrechen und möglichst viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, um diese auf das von den Urhebern der »Sit-ins«, »Teach-ins« und »Muff-outs« identifizierte Problem zu lenken. Die Kieler Studentenbewegung hat bei der Entwicklung der Protestformen keine wesentliche Rolle gespielt, sondern sich aus dem Reservoir bedient, das an den amerikanischen und westdeutschen Protestzentren entstanden war. Nichtsdestoweniger zeigten die Auseinandersetzungen an der CAU um 1968 immer wieder eine hohe Intensität. Im Vorfeld der Diskussionen um ein neues Hochschulgesetz legte die verfasste Studentenschaft im Juni 1969 und 1972 mit einem sog. »aktiven Streik« den gesamten Campus für jeweils eine Woche lahm. Dem Rektorat blieb beide Male nichts anderes übrig, als eine Art Ausnahmezustand zu erklären und sich das Eingeständnis zu machen, keine rechtlichen und exekutiven Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre zu besitzen. Im Laufe der ersten Streikwoche beispielsweise sprengten die Protestierenden Gremiensitzungen und nicht abgesagte Veranstaltungen, verwüsteten und besetzten die Politologie im Hochhaus und beschmierten die Privathäuser missliebiger Hochschullehrer mit beleidigenden Parolen. Noch im Mai 1969 hatten sich die Anwesenden einer studentischen Vollversammlung unter Anlehnung an die problematische Differenzierung der Berliner Protestikone Rudi Dutschke allerdings gegen jegliche Anwendung physischer Gewalt gegen Personen und Sachen ausgesprochen. Entsprechend blieb es weitestgehend ruhig, als sich am 9. Juli trotz des Einsatzes von Wasserwerfern vor dem Landeshaus bei der vielleicht größten Veranstaltung der Protestjahre über 6000 größtenteils studentische Demonstranten einfanden.

Anfang der 1970er Jahre, als die Studentenbewegung schon zersplittert war, verdichtete und radikalisierte sich der Protest jedoch. Mit den sog. »K-Gruppen« wie der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), der Roten Garde oder den Roten Zellen formierten sich auch in Kiel linksextreme Gruppierungen mit radikaleren Ansichten. Im November 1972 nötigte beispielsweise eine Gruppe den Syndikus der Universität aus seinem Dienstzimmer, und kurz darauf setzte sich Rektor Hans Hattenhauer im November 1972 körperlich gegen den studentischen Versuch zur Wehr, ihn



Studierende inszenieren eine Parodie auf die Rektorsübergabe vor dem Kieler Schloss, 14. Mai 1968.

am Verlassen eines Aufzugs zu hindern. Aus seiner Sicht bestand denn auch eines der vordringlichsten Probleme seiner Amtsperiode im Umgang mit einer zunehmenden Gewalttätigkeit einer universitären Minderheit von ca. 200 Personen. Er sprach von einer »Wolke der Furcht« und »Feinden«, Ausdrücke, die Mitte der 1960er Jahre wohl kein Rektor der CAU im Hinblick auf die Studierenden in den Mund genommen hätte. Und er verurteilte unter diesen Umständen auch die kontinuierlich über die Protestjahre vorgetragenen Forderungen nach Diskussion, da sie den radikalen Studierenden nur dazu dienten, die Demütigung der Professoren voranzutreiben.<sup>3</sup>

Gerade diese Forderung stand auch zwischen den Zeilen der parodistischen Einlasskarte, die Hattenhauers Vorgänger 1968 in den Händen hielt. Nachdem Braunert sich zum Abbruch der Veranstaltung durchgerungen hatte, verlangten etwa 300 Studierende unter Führung des Vorsitzenden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Bernhard Achterberg eine Aussprache, zu der sich einige Professoren auch bereitfanden. Vor dem Schloss parodierten Kommilitonen die Übergabezeremonie mit Klobürste und Stahlhelm. Noch am selben Abend forderten die Studierenden die künftige Umwandlung des Rituals in eine diskursive Veranstaltung, bei der die kommunikative Einbahnstraße zwischen monologisierenden Professoren zu rezipierendem Publikum

aufgehoben werden sollte. In der Folge entschied sich der Senat kurzfristig für die Einführung einer neuen Geschäftsordnung, nach der die studentischen Vertreter jederzeit Auskunft über die Inhalte der Senatsbesprechungen geben konnten. Somit hatte die gefälschte Karte zwar nicht allen den Einlass zum Festakt ermöglicht, aber sie öffnete ein Stück weit die Tür zu mehr Transparenz und Öffentlichkeit. Den Beteiligten wurde klar, was der Studentenpfarrer im Anschluss an das »Muff-Out« in prägnante Worte fasste: Die »Zeiten, in denen man naiv und ehrlich bewegt mit ein bisschen gutgemeinter Ritualität sich seine Weltbezüge beruhigend verfremdete, sind vorbei.«<sup>4</sup>

## Auseinandersetzungen um Disziplin und Ordnung

Der auf den Karten abgedruckte Text verweist auf eine weitere Konfliktdimension, die sich dem Betrachter erst im Hinblick auf die hochschulrechtliche Entwicklung an der CAU erschließt. Die »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde« kann nämlich nicht nur als eine abstrakte Metaphorik der Studentenbewegung verstanden werden. Denn einige Jahre zuvor hatte ein Verstoß gegen das »Ansehen« der Institution noch als Generalklausel in der universitären Disziplinarordnung gestanden und damit potentiell jedes unliebsame Verhalten von Studierenden unter Strafe gestellt. Wie an anderen bundesdeutschen Hochschulen unterlagen die Studierenden insgesamt einer problematischen Doppelgerichtsbarkeit, insofern sie auf Grundlage der Disziplinarordnung auch für Handlungen außerhalb der Universität bestraft werden konnten. So waren in München schon akademische Strafen für Einbruch, Diebstahl, Erregung geschlechtlichen Ärgernisses, Abtreibung oder exhibitionistisches Verhalten ausgesprochen worden. Wäre dieses Disziplinarrecht während der oben skizzierten Proteste am Ende der 1960er Jahre noch angewendet worden, hätte das zuständige Gremium aufgrund der schieren Anzahl an Verstößen vermutlich kapitulieren müssen. Der sog. »Naucke-Entwurf« von 1966 zeigte aber, dass der Universitätsleitung zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr an einem Instrument gelegen war, mit dem vergleichsweise willkürlich unliebsame Studenten einer universitären Gerichtsbarkeit unterworfen werden konnten, denn er verzichtete auf die Generalklausel ebenso wie auf die Doppelbestrafung.<sup>5</sup>

Diese inneruniversitäre Liberalisierung am Vorabend der Studentenproteste entließ Rektor Braunert jedoch nicht der Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie man die Urheber der Einlasskarte zu einer Zeit sanktionieren sollte, in der die Institution zu allen Gelegenheiten herausgefordert wurde. Braunert, der nach seinem Abbruch der Veranstaltung selbst unmittelbar unter öffentlichem Rechtfertigungsdruck stand, hatte nach einer Unterredung mit dem Ordinarius für Strafrecht noch am selben Abend eine Pressekonferenz einberufen, auf der er erklärte, dass der Abbruch den Schutz der Gäste vor Belästigungen sicherstellen sollte und dass bereits kriminalpolizeiliche Ermittlungen wegen

Studierende demonstrieren vor dem Landtag gegen Hochschulgesetz und Ordnungsrecht, 9. Juni 1969.



des Verdachts der Urkundenfälschung und des Hausfriedensbruchs eingeleitet worden seien.

Das Einschalten der Polizei war jedoch für die Universität nicht so unproblematisch, wie es den Anschein haben könnte. Abgesehen vom Reputationsschaden, der sich ohnehin schon eingestellt hatte, konnte eine solche Maßnahme Wasser auf die Mühlen der Studentenproteste darstellen. Denn die generelle Frage, wie an den Universitäten die Ordnung aufrechterhalten werden konnte, war selbst ein entscheidender Gegenstand der Auseinandersetzungen. Wenn man eine originäre studentische Protestkonjunktur an der Förde ausmachen will, dann lassen sich deren Spitzen dort verorten, wo entscheidende Weichen für die rechtliche Ordnung der CAU gestellt wurden. Insbesondere die Eingriffsmöglichkeiten des Staates und dessen unmittelbares Vorgehen über ein

viel diskutiertes Ordnungsrecht mobilisierten im Gegensatz zu anderen Konfliktpunkten einen großen Teil der Studierenden. Waren die »68er« insgesamt vor allem in der Ablehnung gegen die im Mai 1968 – zur Zeit des Kieler »Muff-outs« – verabschiedeten Notstandsgesetze vereint, kann man die Ausgestaltung der universitären Verfassung, eines neuen Landeshochschulgesetzes und eines bundeseinheitlichen Ordnungsrechts als gemeinsame Fixpunkte der Kieler Studentenbewegung bezeichnen. So fanden sich im Juni 1969 auf der oben erwähnten Demonstration tausende Studierende vor dem stacheldrahtbewehrten Landtag ein, weil sich die Abgeordneten an diesem Tag u. a. mit der Ratifizierung des Ordnungsrechts befassten.

Nun könnte man meinen, dass die leitenden Gremien der Kieler Universität sich mit einem strikteren staatlichen Vorgehen gegen Linksradikale einverstanden erklärten, doch war dies keineswegs der Fall. Seit sich die Situation an den westdeutschen Hochschulen im Frühjahr 1967 merklich zugespitzt und der Rektor der Freien Universität Berlin nach dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten



beispielsweise eine größere Anzahl Disziplinarverfahren gegen protestierende Studierende eingeleitet hatte, bestand das Kultusministerium in Kiel gegenüber dem akademischen Senat auf einem härteren Disziplinarrecht auch für die CAU. Dass die Vorstellungen diesbezüglich weit auseinandergingen, zeigt aber ein Schreiben des damaligen Rektors, in dem er seine Amtskollegen über den Entwurf einer Disziplinarordnung informierte, »welchem Senat und Studentenschaft zustimmten, mit dem sich das Kultusministerium jedoch nicht anfreunden kann.«<sup>6</sup> So waren sich bemerkenswerterweise Hochschule und Studierende in der Ablehnung repressiverer Maßnahmen einig, obwohl ja gerade die Universität von den Konflikten besonders betroffen war und der CAU von studentischer Seite zudem ein besonderer Konservatismus nachgesagt wurde. Die schleswig-holsteinische Ministerialbürokratie verstand das Disziplinarrecht dagegen immer stärker als Mittel gegen die Studentenbewegung.

Da akademische Rechtsgrundlagen aber auch dem damaligen Ministerpräsidenten Helmut Lemke bald nicht mehr geeignet schienen, um eine in seinen Worten »terroristische Minderheit« zu stoppen, versuchten die Länder, durch das erwähnte Ordnungsrecht Abhilfe zu schaffen. Vorgesehen waren Bestimmungen, nach denen Studierende, die die Aufgaben der Hochschule beeinträchtigten oder gegen deren Ordnung verstießen, bis zu drei Jahre an allen Hochschulen des Bundesgebiets hätten ausgeschlossen werden können. In teils amüsanten Präzisierungen versuchte man zu definieren, welche Tatbestände als Störung der Ordnung angesehen werden könnten. So sei ein Scharren in der Vorlesung nicht als Ordnungsstörung anzusehen.<sup>7</sup> Die linke Studentenzeitung *res nostra* kommentierte dies einerseits spöttisch, andererseits nahm sie den zu Grunde liegenden Staatsvertrag so wichtig, dass sie ihn in nazistischer Diktion als »Endlösung der Studentenfrage« bezeichnete und im Sommer 1969 zum Streik aufrief.<sup>8</sup>

Im Landtag wurde der Staatsvertrag jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nicht ratifiziert, weil viele Abgeordnete das Sonderrecht für die Studentenschaft für verfassungsrechtlich bedenklich erachteten, sodass das Ministerium Anfang der 1970er Jahre in einem weiteren Anlauf versuchte, die gewünschten Maßnahmen innerhalb des ersten Hochschulgesetzes zu implementieren, das die Organisationsstrukturen der CAU im Allgemeinen maßgeblich verändern und dem Staat einen stärkeren Einfluss in universitären Angelegenheiten einräumen sollte. Für Gerhard

Stoltenberg, der seit 1971 Ministerpräsident war, habe die Universität deshalb nicht gegen Störungen radikaler Studierender geschützt werden können, weil »die Rektoren sich scheuen, Anzeigen zu erstatten oder Polizei auf das Universitätsgelände zu rufen, und daß die Polizei sich scheut, Hochschulgelände zu betreten, obwohl in dieser Hinsicht keine rechtlichen Hindernisse bestehen.«<sup>9</sup> So war es aus Sicht von Regierung und Kultusministerium nur konsequent, wenn mit dem neuen Gesetzeswerk 1972 die Hochschulen als »Körperschaften des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit« bezeichnet wurden, sodass künftig auch der Kultusminister polizeirechtlich auf dem Universitätsgelände eingreifen konnte. In Ablehnung dieser Pläne versammelten sich auch in jenem Jahr noch einmal tausende Studierende, um im Rahmen einer fünftägigen Streikwoche zu protestieren. Ein darüber hinausgehender kontinuierlicher Einfluss der von linken Gruppierungen dominierten verfassten Studentenschaft auf die Ausgestaltung der im Umbruch befindlichen akademischen Ordnung war allerdings schon nicht mehr feststellbar, seitdem sich der AStA-Vorsitzende Achterberg 1968 komplett von einer konstruktiven Mitarbeit verabschiedet hatte. In jedem Fall wurde das Ordnungsrecht im Zusammenhang mit dem Hochschulgesetz zu einer wachsenden Bedrohung für die Autonomie der CAU, die zehn Jahre zuvor noch für sich in Anspruch genommen hatte, akademische Angelegenheiten gewohnheitsrechtlich regeln zu können. Je weniger die Universitätsleitung noch Herr der Proteste schien, desto mehr Argumente hatten die staatlichen Behörden, die Regelungskompetenz an sich zu ziehen.

Mit dieser Problematik sah sich der Senat auch im Nachklang der gesprengten Rektoratsfeier 1968 konfrontiert. Daher konnte ihm nur bedingt daran gelegen sein, die Urheber der Einlasskarte unter Anwendung des Strafrechts zur Rechenschaft zu ziehen. Obwohl der in seiner Position angegriffene Rektor darauf bestand, den seiner Meinung nach weit über eine Parodie hinausgehenden Vorfall auch weiterhin als Straftat zu benennen, entschied sich der Senat in einer Sondersitzung dazu, den Tatbestand der Urkundenfälschung nicht staatsanwaltlich verfolgen zu lassen. Außerdem waren die Mitglieder darum bemüht, zu betonen, dass die während der Veranstaltung im Schloss zum Schutz der Minister postierten Polizisten keinesfalls durch den Rektor gerufen worden seien, dieser habe sie nach Kenntnisnahme vielmehr sofort des Platzes verwiesen. So sehr das »Muff-out« die Würde der Universität und ihrer Verantwortlichen also auch beschädigt hatte – im Dilemma zwischen konfliktbereiten Studieren-

den und staatlichen Kompetenzansprüchen versuchten die Verantwortlichen, den Schaden nicht durch überzogene Reaktionen noch zu vergrößern.

## Die Herausforderungen der »Massenuniversität«

Durch die Sprengung der Veranstaltung war 1968 nicht nur die Rektoratsübergabe ausgefallen. Die unglückliche Zusammenlegung mit der Immatrikulationsfeier hatte gleichzeitig zur Folge, dass auch die neuen Studierenden nicht im Rahmen einer Festveranstaltung begrüßt werden konnten. Bezüglich der Teilnahme von Studierenden scheint es aber ohnehin kapazitätsbedingte Schwierigkeiten gegeben zu haben. Der AStA hatte sich beschwert, dass nicht genügend Karten für die Studierenden zur Verfügung gestanden hätten, und dies im Nachhinein sogar als eigentlichen Grund für den Druck der gefälschten Karten angegeben. Möglicherweise war der Vorwurf der Benachteiligung eher ein Vorwand, um die Universität an einer ihrer empfindlichsten Stellen zu treffen, und doch spiegelt sich auch hierin eine längerfristige Entwicklung wider, ohne welche die Formierung einer studentischen Protestkultur an der CAU nur unvollständig zu begreifen ist.

Die Universität war über die vorangegangenen Semester stark gewachsen. Für das Sommersemester 1968 waren erstmals über 7500 Studentinnen und Studenten immatrikuliert, während sich zehn Jahre zuvor noch unter 4500 eingeschrieben hatten. Im Zeichen einer allseits propagierten »Bildungskatastrophe«, nach der die Mobilisierung aller Begabungsreserven zu einem bildungspolitischen Mantra wurde, erhöhte sich auch die Studierendenzahl an Schleswig-Holsteins einziger Volluniversität, die nach Angaben einer hochschulinternen Forschungsgruppe zeitweilig das prozentual stärkste Wachstum aller westdeutschen Hochschulen verzeichnete. Der hierfür notwendige architektonische Ausbau prägt das Gesicht der Universität bis heute sichtbar, doch wurden die Planer nach eigener Aussage vor eine Herausforderung gestellt, die »in ihrer Bedeutung und Größenordnung erstmalig ist«.<sup>10</sup> Sie stießen bald an ihre Grenzen, da es weder genügend bautechnische Kapazitäten gab noch ausreichend qualifiziertes Personal, um die freien Stellen zu besetzen. Allein von 1960 bis 1966 stieg die Anzahl der Lehrstühle um 50 %. Trotz aller Bemühungen blieben die zur Verfügung gestellten Ressourcen stets hinter der



Kultusminister von Heydebreck erwartet den Demonstrationszug gegen die »Zwangsexmatrikulation«, 10. Januar 1968.

Studienplatznachfrage zurück. Die CAU bemühte sich, mit dem neuartigen Engagement einer Unternehmensberatung und der Einrichtung einer eigenen Planungsgruppe diese Diskrepanzen aufzulösen. Als sich dann Ende der 1960er Jahre eine erste Delle im gesamtwirtschaftlichen Boom bemerkbar machte, der die Expansionsausgaben finanziell überhaupt erst ermöglicht hatte, gerieten die hochschulpolitisch Verantwortlichen jedoch unter zunehmenden Druck, mit den Mitteln einer Studienreform, einer Studienzeitbegrenzung und eines Numerus clausus auch durch qualitative Maßnahmen Abhilfe zu schaffen. Diese Initiativen konnten in Kombination mit einem gleichzeitig wahrgenommenen Defizit an Mitbestimmung den studentischen Protest nur weiter befeuern. Die Ungleichzeitigkeit zwischen einer an bildungsökonomischen Maßstäben ausgerichteten Institution, die schon aufgrund der enorm gestiegenen Ausgaben unter einem ganz anderen äußeren Rechtfertigungsdruck stand als noch eine Dekade zuvor, und den überkommenen Entscheidungsstrukturen der »Ordinarienuniversität« erhöhte das Protestpotential ungemein.

Vermutlich werden einige der Rektorats-Parodisten schon im Januar 1968 bei einem massenhaften Protestzug zum Kultusministerium mitgelaufen sein, um gegen die besonders umstrittene »Zwangsexmatrikulation« zu demonstrieren.

Der amtierende Kultusminister Claus-Joachim von Heydebreck hatte in Anbetracht der skizzierten Herausforderungen erstmals eine Immatrikulationsordnung erlassen, nach der alle Studierenden ein Semester nach der dort festgelegten Höchststudienzeit automatisch exmatrikuliert werden konnten. Der Kieler SDS sah darin einen Angriff auf missliebige linke Studierende und die Universitätsleitung mahnte, dass die Verringerung der Studiendauer nur mit einer besseren personellen, finanziellen und räumlichen Ausstattung zu erreichen sei. Der Streit um die sog. »Zwangsexmatrikulation«, die auch in anderen Bundesländern zu einem Zündfunken der Studentenbewegung wurde, markierte in Kiel den Beginn einer von linken Gruppierungen dominierten verfassten Studentenschaft. Dass der Kultusminister sie aussetzte, trug wenig zur Deeskalation bei, da die Maßnahme eben als exemplarisch für das Leitbild einer Universität wahrgenommen wurde, in der die »Diskussion um Hochschulreform [...] überhaupt nur noch als Diskussion über die mögliche Leistungssteigerung bei den Studenten«<sup>11</sup> stattfinde.

Viele Studierende hatten das Gefühl, dass die Folgen eines in den 1960er Jahren durch Expansionismus überdeckten Reformstaus auf ihrem Rücken ausgetragen werden sollten. In umgekehrter Lesart und mit bemerkenswerter despektierlicher Offenheit formulierte später einer der Rektoren der CAU mit Blick auf die Protestierenden, dass der Hochschulausbau seinerseits eine Bildungsreserve an die Hochschule getrieben habe, die nur im äußersten Notfall einsetzbar sei. Mangelnde Begabung führe ihrerseits zu einem unkontrollierten Aggressionsabbau.<sup>12</sup>

Als ein Teil der Studierenden seinen Aggressionen durch die Herstellung der gefälschten Eintrittskarten Ausdruck verlieh, sahen sich diese Studierenden also bereits als Mitglieder einer »Massenuniversität«, deren durch Expansionismus überdeckter Reformstau zu ihrem Nachteil gereichte. Während es Mitte der 1950er Jahre vielleicht noch möglich gewesen wäre, alle Studierenden bei einem gemeinsamen Festakt zu versammeln, ließen die Dimensionen am Ende der 1960er Jahre eine Teilnahme aller Universitätsangehörigen bei Weitem nicht mehr zu. Da half es auch nicht, wenn der Senat versicherte, mehr Karten als je zuvor für Studierende reserviert zu haben.

## Eine neue Form der Öffentlichkeit

Nachdem der »Muff-out« wie an anderen deutschen Hochschulen den Verzicht auf eine langjährige Tradition erzwungen und in dieser Hinsicht den Zäsurcharakter des Jahres 1968 bestätigt hatte, stellte sich die Frage nach der Zukunft derartiger Veranstaltungen. Auch die folgende Immatrikulationsfeier wurde mit einem Eklat gesprengt und in den kommenden Jahren fand die Rektoratsübergabe entweder hinter verschlossenen Türen statt oder sehr viel profaner, ohne das Attribut »feierlich«, ohne Talare und stärker dialogisch ausgerichtet. Die faktische Abschaffung des Rituals im Jahre 1975 war allerdings nicht eine Folge der Studentenbewegung, sie war der im neuen Hochschulgesetz beschlossenen Ersetzung des Rektors durch einen Präsidenten geschuldet. Der konkrete Einfluss der linken Protestbewegung auf die Änderungen der rechtlichen Ordnung und die Durchsetzung einer studentischen Mitbestimmung darf insgesamt nicht überbewertet werden; spätestens seit sich der AstA 1968 der konstruktiven Mitarbeit an einer Hochschulreform kategorisch verweigert hatte, kann man höchstens von einem diffusen Beitrag zur viel beschworenen »Demokratisierung« der Universität sprechen. Eher schon waren es die Hochschulpolitiker, die ihre Vorstellungen von einer immer stärker als »Großbetrieb« verstandenen Universität in ein Hochschulrecht gossen, in dessen rationalerer Anlage die alleinige Dominanz der Lehrstuhlinhaber keinen Platz mehr hatte. Der zweifellos nachhaltige Einfluss der Kieler Studentenbewegung machte sich direkter dort bemerkbar, wo sie eine neue Form der Öffentlichkeit forderte, wo Entscheidungen universitärer Gremien nicht mehr pauschal hinter verschlossenen Türen getroffen werden konnten und wo die beständige Forderung nach Diskussion das kommunikative Gefälle zwischen Professoren und Studierenden diskursiv einebnete. Wie sachgerecht die Protestler den öffentlichen Diskurs nutzten, steht wiederum auf einem anderen Blatt.

Die Kieler »68er« entkleideten durch kreative Gegenrituale wie das »Rektorats-Muff-in« die Institution medienwirksam ihres traditionalistischen Gewandes und beendeten hierdurch den Versuch, eine überkommene Ordnung inszenatorisch aufrechtzuerhalten. Diese dargestellte Universitätswürde wurde in den Jahren um 1968 verfolgt und beerdigt und die kleine Einlasskarte, die ihre Existenz den großen Konfliktlinien der Protestzeit verdankt, hat ihren Teil dazu beigetragen.

### Anmerkungen

- 1 Die Eintrittskarte ist der Ausgangspunkt für den folgenden Beitrag, dessen Darstellungen wiederum auf einem Band zur Universitätsgeschichte in den 1960er Jahren beruhen: Bichow, Universität Kiel.
- 2 Zitiert nach ebd., S. 131.
- 3 Vgl. Hattenhauer, Zur Theorie der Hochschulunruhen, S. 8.
- 4 Bichow, Universität Kiel, S. 133.
- 5 Vgl. ebd., S. 96.
- 6 Vgl. ebd., S. 98.
- 7 Vgl. StAK, Z 288, Bestand Zeitzeichen.
- 8 Vgl. »relegare necesse est«, S. 4.
- 9 Zitiert nach Bichow, Universität Kiel, S. 101.
- 10 Vgl. Rose, Ausbau der Christian-Albrechts-Universität, S. 6.
- 11 Vgl. »Nach acht Semestern fliegst du raus!«, S. 6.
- 12 Vgl. Hattenhauer, Zur Theorie der Hochschulunruhen, S. 7.

### Quellen und Darstellungen

Stadtarchiv Kiel [StAK] Z 288, Bestand Zeitzeichen; Hattenhauer, Hans: Zur Theorie der Hochschulunruhen, hrsg. von der Presse- und Informationsstelle der Christian-Albrechts-Universität, Kiel 1974; »Nach acht Semestern fliegst du raus«. In: skizze, Nov. 1966, S. 6 f.; »relegare necesse est«. In: res nostra, Jg. 6, Apr./Mai 1969, S. 4; Rose, Klaus: Ausbau der Christian-Albrechts-Universität westlich des Mühlenweges. In: CA 11 (1971), S. 5-11; Bichow, Stefan: Die Universität Kiel in den 1960er Jahren. Ordnungen einer akademischen Institution in der Krise, Frankfurt a. M. 2013.